

Vitako

Kommunale Expertise berücksichtigen

[21.03.2018] Bei der Entwicklung von E-Government-Lösungen sollte die neue Bundesregierung unbedingt das Fachwissen kommunaler Praktiker einbeziehen. Das fordert Vitako in seinem aktuellen Politikbrief.

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD weist nach Einschätzung der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, in die richtige Richtung, um dem Ziel einer bürger- und unternehmensfreundlichen Verwaltungsdigitalisierung näherzukommen. Diesen Weg gelte es nun entschieden weiterzuverfolgen, so Vitako in seinem aktuellen Politikbrief. Die Entwicklung und Umsetzung entsprechender E-Government-Lösungen sollte dabei unter Einbeziehung kommunalen Praxiswissens erfolgen. „Das Fachwissen der Praktiker aus Städten und Gemeinden kann bei frühzeitiger Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse auf Augenhöhe dazu beitragen, dass beschlossene Standards und Lösungen tatsächliche Bedarfe der Verwaltungsdigitalisierung erfüllen“, erklärt dazu Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch.

Auch die neu einzurichtende E-Government-Agentur sollte ihre Arbeit nach den Bedürfnissen der Praxis ausrichten, fordert Vitako weiter. Wichtige Arbeitsfelder seien die Erleichterung des medienbruchfreien Datenaustauschs zwischen Behörden, die Unterstützung von Fachministerien und der Föderalen IT-Kooperationen (FITKO) sowie die Schaffung von Pilotlösungen – ebenfalls unter Berücksichtigung kommunaler Expertise.

Vitako betont in dem aktuellen Politikbrief auch, dass die Kommunalverwaltungen bei der Digitalisierung gut aufgestellt seien: Die von den Vitako-Mitgliedern betreute kommunale IT sei längst konsolidiert und interoperabel, zudem würden sich Städte und Gemeinden zunehmend überregional vernetzen, so etwa im Großraum Düsseldorf.

(bs)

Stichwörter: Politik, Vitako